

## Antrag B006: PRESS START für Auszubildende

<b>Antragsteller*in:</b>	DGB-Bundesjugendausschuss
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	B - Arbeit der Zukunft gestalten - Sozialstaat stärken

1 Mit ihren Bundestagswahl-Kampagnen haben sich die Gewerkschaftsjugend und der DGB im  
2 Wahlkampf deutlich für eine Stärkung der dualen Berufsausbildung positioniert: Mit  
3 vollem Erfolg! Durch viele Aktionen in den Betrieben, in den sozialen Netzwerken und  
4 auf der Straße konnten der DGB und die DGB Jugend deutliche Spuren im  
5 Koalitionsvertrag hinterlassen. Dennoch reichen die Vorschläge der Ampel-Koalition  
6 bei weitem nicht aus. Hier sieht der DGB die Notwendigkeit von Nachschärfungen und  
7 Verbesserungen.

8 Der DGB setzt sich dafür ein, die Lücken im Koalitionsvertrag zu schließen und  
9 begleitet die Bundesregierung in der konsequenten Umsetzung der im Koalitionsvertrag  
10 verankerten gewerkschaftlichen Forderungen zur beruflichen Bildung. Dies betrifft  
11 insbesondere die folgenden Punkte:

### 12 **Gerechte Finanzierung der Ausbildungsgarantie – Zukunftsfonds JETZT!**

13 Die Corona-Krise wirkt sich katastrophal auf den Ausbildungsmarkt aus. 2020 und 2021  
14 kam es zu einem historischen Tiefstand bei der Zahl neuer Ausbildungsverträge. Doch  
15 bereits vor der Krise haben nicht einmal 20 Prozent aller Betriebe ausgebildet. Die  
16 Arbeitgeber agieren verantwortungslos, nicht nur gegenüber den jungen Menschen,  
17 sondern auch gegenüber den eigenen Branchen und der Volkswirtschaft als Ganzes. Bei  
18 der aktuellen Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt droht in wenigen Jahren die Gefahr  
19 eines Bedeutungsverlustes der dualen Berufsausbildung. Wir brauchen Lösungen für  
20 diese Misere: Der DGB fordert eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie, die einen  
21 individuellen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz sichert. Diese Garantie muss  
22 zum einen die Stärkung der betrieblichen Ausbildung zum Ziel haben und zum anderen  
23 auf einer soliden und solidarischen Finanzierungsbasis stehen. Beides kann mit einem  
24 umlagefinanzierten Zukunftsfonds sichergestellt werden, in den die Betriebe  
25 einzahlen.

26 Im Koalitionsvertrag ist die Ausbildungsgarantie erwähnt. Wie genau sie ausgestaltet  
27 sein soll ist jedoch nicht beschrieben. Der DGB stellt klar, dass allein der Ausbau  
28 bisheriger Unterstützungsinstrumente für eine Ausbildungsgarantie nicht ausreichend  
29 ist. Zudem fehlt im Koalitionsvertrag die solidarische Finanzierungsbasis und die  
30 Stärkung der betrieblichen Ausbildung durch die Umlagefinanzierung im Rahmen eines  
31 Zukunftsfonds. Betriebliche Ausbildung soll auch weiterhin Vorrang haben, damit die  
32 Ausbildungsgarantie nicht zum Konjunkturprogramm für außerbetriebliche Ausbildung  
33 wird. Die Umlagefinanzierung bietet darüber hinaus einen weiteren Mechanismus zur

34 Stärkung der betrieblichen Ausbildung und damit einen Anreiz zur Schaffung neuer und  
35 zusätzlicher Ausbildungsplätze.

36 Die Möglichkeit branchenbezogener tarifvertraglicher Umlagefonds wird im  
37 Koalitionsvertrag explizit begrüßt. Branchenfonds können einen fairen finanziellen  
38 Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Betrieben sichern. Um eine  
39 flächendeckende Einrichtung solcher Branchenfonds zu stärken, sind staatliche Anreize  
40 dringend notwendig.

41 Der DGB setzt sich aus diesen Gründen gegenüber der Bundesregierung für ein  
42 Gesamtpaket aus Ausbildungsgarantie und gesetzlicher Umlagefinanzierung über einen  
43 Zukunftsfonds ein.

#### 44 **Gute und moderne Lern- und Arbeitsbedingungen an beruflichen Schulen – JETZT!**

45 Die Berufsschule spielt im Rahmen der dualen Ausbildung eine zentrale Rolle. Neben  
46 dem Betrieb ist sie der zweite eigenständige Lernort für Auszubildende. An  
47 beruflichen Schulen herrscht jedoch seit Jahren ein enormer Modernisierungstau. Die  
48 Corona-Pandemie hat uns diesen Mangel in aller Härte vor Augen geführt. Mangelnde  
49 technische Ausstattung, fehlende digitale Lernplattformen und kaum methodische-  
50 didaktische Konzepte für hochwertigen digitalen Unterricht. Die Folge war viel zu oft  
51 eine mangelhafte Unterrichtsqualität und eine fehlende Vermittlung des  
52 Unterrichtstoffes. Auszubildende waren die Leidtragenden. Der DGB sieht hier einen  
53 hohen Handlungsbedarf.

54 Die Koalitionsvereinbarung sieht einen Berufsschulpakt vor, der berufsbildende  
55 Schulen modernisieren soll. Allerdings ohne konkrete Punkte der Ausgestaltung. Aus  
56 Sicht des DGB ist eine umfangreiche Investition in die Gebäudesanierung, -neubau und  
57 -ausstattung dringend erforderlich. Lehr- und Lernmitteln müssen auf den neusten  
58 technischen Stand gebracht werden, um mit den betrieblichen Entwicklungen Schritt  
59 halten zu können. Zudem ist eine erhebliche Verbesserung der personellen Ausstattung  
60 an beruflichen Schulen notwendig, um die Beschäftigten zu entlasten und eine  
61 Arbeitsteilung zu ermöglichen.

62 Der DGB setzt sich gegenüber der Bunderegierung insbesondere beifolgenden Themen ein

- 63 • Umsetzung der angekündigten Investitionen in Infrastruktur, Gebäude und  
64 Ausstattung an beruflichen Schulen.
- 65 • Mehr Sicherheit für Lehrkräfte, gleiche Vergütung für gleiche Arbeit, den Abbau  
66 von Befristungen sowie prekärer Arbeitsverhältnisse an beruflichen Schulen.
- 67 • Ausreichend Qualifizierungsangebote und Qualifizierungszeit für Lehrpersonal an  
68 beruflichen Schulen und Hochschulen, um Ausbildung auf den aktuellen technischen  
69 und wissenschaftlichen Stand zu bekommen.
- 70 • Erhebliche Verbesserung der personellen Ausstattung an beruflichen Schulen und  
71 multiprofessionelle Teams, um eine inklusive Berufsbildung zu unterstützen.
- 72 • Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lehrkräften. Insbesondere die  
73 Verbesserung der Ausstattung mit Arbeitsmitteln wie digitale Endgeräte für

74 Lehrkräfte, Bereitstellung eines (digitalen) Arbeitsplatzes in der Schule oder  
75 zu Hause gemäß Arbeitsstättenverordnung.

- 76 • Absolute und unmittelbare Lehr- und Lernmittelfreiheit für Auszubildende und  
77 dual Studierende sowie vollzeitschulische Auszubildende. Ein guter Unterricht,  
78 ob in Präsenz oder im Distanzunterricht, darf nicht von der finanziellen  
79 Situation der Eltern abhängen.

#### 80 **Bezahlbares Wohnen und kostengünstige Mobilität – JETZT!**

81 Auszubildende sind heute mit Beginn der Ausbildung im Schnitt 20 Jahre alt. Lediglich  
82 ein Viertel ist jünger als 18 Jahre. Heutige Auszubildende haben den Anspruch, ein  
83 selbstständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen. Beides benötigt die  
84 Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Auch darf die Wahl des Ausbildungsplatzes  
85 nicht davon abhängen, ob man sich die Miete am Arbeitsort leisten kann. Gleiches gilt  
86 für Fahrtkosten zum Lernort. Von jungen Menschen wird erwartet, für ihre Ausbildung  
87 flexibel und mobil zu sein. Das verlangt eine gut funktionierende und kostengünstige  
88 Verkehrsinfrastruktur. Dies stellt neue Anforderungen an Mobilität und Wohnen.  
89 Berufsschulen und Hochschulen sind nicht selten weit vom eigentlichen Wohn- und  
90 Ausbildungsort entfernt. Damit diese Entwicklung nicht zu einer einseitigen Belastung  
91 der Auszubildenden und dual Studierenden führt, braucht es aus Sicht des DGB  
92 umfangreiche Investitionen in Mobilität und Infrastruktur.

93 Im Koalitionsvertrag ist die Stärkung der Mobilität von Auszubildenden erwähnt. Doch  
94 fehlt es an einer konkreten Beschreibung der Thematik. Darüber hinaus will die  
95 Koalition ein Bund-Länderprogramm für „studentisches Wohnen, für junges Wohnen und  
96 Wohnen für Auszubildende“ auflegen und damit die Voraussetzungen schaffen, schnell  
97 und günstig zusätzlichen Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Das ist gut, aber  
98 inhaltlich nicht hinterlegt.

99 Der DGB setzt sich gegenüber der Bundesregierung mit folgenden konkreten Maßnahmen  
100 für die Stärkung von Mobilität in der Ausbildung ein:

- 101 • Flächendeckende Einrichtung von attraktiven Azubi-Wohnheimen in Form von Azubi-  
102 Appartements inklusive einer Mietkostenübernahme durch den ausbildenden Betrieb.
- 103 • Bereitstellung eines kostenlosen Azubi-Tickets in allen Bundesländern zur  
104 Nutzung des ÖPNV zu allen Tageszeiten und an allen Tagen in der Woche.
- 105 • Sicherstellung eines wohnortnahen Besuchs der Berufsschule.
- 106 • Übernahme der Unterbringungskosten bei Blockunterricht und Hochschulphasen  
107 außerhalb des eigenen Wohnortes.
- 108 • Übernahme von Reise- und Unterbringungskosten für Auszubildende in Landes- und  
109 Bundesfachklassen.

#### 110 **Sicherheit und klare Perspektiven nach der Ausbildung – JETZT!**

111 Für den DGB ist klar: Ausbildung und Übernahme gehören zusammen. Junge Menschen  
112 brauchen nach ihrer Ausbildung eine berufliche Perspektive und materielle Sicherheit.  
113 Doch noch immer gibt es für einen großen Teil der Auszubildenden keine

114 Übernahme­sicherheit im Betrieb. In den letzten Jahren hat die Zahl der jungen  
115 Menschen, die prekär beschäftigt in die Arbeitswelt starten, dramatisch zugenommen.  
116 Viele Auszubildende im dritten Ausbildungsjahr bekommen keine Übernahme­zusagen mehr.  
117 Die Corona-Krise droht diese Situation noch zu verschlimmern, denn oft genug denken  
118 Betriebe nicht an den Fachkräftebedarf von morgen und lassen ihre frisch  
119 ausgebildeten Nachwuchskräfte im Stich.

120 Der Koalitionsvertrag bietet zu dieser Problematik keine ausreichenden Antworten. Der  
121 DGB fordert einen gesetzlichen Anspruch auf eine unbefristete Übernahme nach  
122 abgeschlossener Ausbildung. Als ersten, wichtigen Schritt wirkt der DGB bei der  
123 Bundesregierung darauf hin, dass die Befristung im Anschluss an eine Ausbildung oder  
124 ein Studium und die Einstellung zur Probe ersatzlos aus dem Teilzeit- und  
125 Befristungsgesetz gestrichen wird. Darüber hinaus setzt sich der DGB politisch dafür  
126 ein, dass beim selben Betrieb die Probezeit nach der Ausbildung abgeschafft wird.  
127 Dies soll ebenfalls für Studierende in einem Studium mit längeren Praxisphasen  
128 gelten, sofern sie bereits eine Probezeit im Betrieb absolviert haben.

#### 129 **Integration von Geflüchteten jungen Menschen in Ausbildung – JETZT!**

130 Für den DGB ist die Aufnahme und Integration von Geflüchteten eine  
131 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Staatliches Handeln muss vom Artikel 1 des  
132 Grundgesetzes geleitet sein: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Infolgedessen  
133 darf das Recht auf Asyl nicht zum politischen oder populistischen Spielball der  
134 Parteien werden. Wie groß die Herausforderung für Länder und Kommunen, für Politik,  
135 Zivilgesellschaft und Wirtschaft auch sein mag, müssen aus Sicht des DGB folgende  
136 Grundhaltungen gegeben sein: Alle Akteur\_innen müssen es als ihre gemeinsame Aufgabe  
137 ansehen, eine menschenwürdige Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration zu  
138 gewährleisten.

139 Bildung dient nicht nur als ein Grundstein für eine demokratische Partizipation in  
140 der Gesellschaft, sondern bietet auch einen Einstieg und neuen Zugang zur  
141 Arbeitswelt. Die duale Ausbildung ist hierfür ein entscheidender Eckpfeiler. Der DGB  
142 erwartet von Politik und Arbeitgebern, dass sie die Integration von Geflüchteten in  
143 Ausbildung voranbringen, den Zugang zu Ausbildungsplätzen ermöglichen und die  
144 Ausbildungszeit sichern.

145 Die Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag gehen in die richtige Richtung, sind aber  
146 nicht ausreichend. Der DGB setzte sich deshalb gegenüber der Bundesregierung für das  
147 folgende Maßnahmenpaket ein:

- 148 • Ausbildungsinhalte sollen mehrsprachig angeboten werden.
- 149 • Das Ausbildungspersonal muss sprachliche Unterstützung bekommen. Sprachkurse für  
150 Ausbildungspersonal und Auszubildende sind kostenfrei anzubieten.
- 151 • Schnelle und kostenfreie Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse.
- 152 • Ausbildungsplatzwechsel und Ausbildungsabbrüche dürfen keine Abschiebung zur  
153 Folge haben.

- 154 • Deutlicher Ausbau und Ausfinanzierung von Deutsch als Zweitsprache-Angeboten.
- 155 • Ein Recht auf Ausbildung unabhängig vom Aufenthaltsstatus im Rahmen der  
156 Ausbildungsgarantie.
- 157 • Ein Recht auf Besuch der berufsbildenden Schule für alle 16- bis 27-Jährigen.
- 158 • Den gesicherten Aufenthaltsstatus bis zum Abschluss einer Berufsausbildung und  
159 anschließender mindestens dreijähriger Berufsausübung unabhängig vom  
160 Lebensalter.
- 161 • Unterbringung Geflüchteter in Auszubildenden- und Studierendenwohnheimen bei  
162 entsprechend ausgebauten Wohnheimplätzen durch vom Bund bereitgestellte  
163 Fördermittel.